



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch – Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 06.06.2013

Pressemitteilung des MdL Lehmann: „Scheitern des Fracking-Gesetzes ist Offenbarungseid der Bundesregierung!“

Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann sieht das Scheitern des Gesetzesentwurfs zur Regelung von Fracking-Verfahren in Deutschland als Ausdruck für die Handlungsunfähigkeit der schwarz-gelben Regierung in Berlin. „Es ist absurd, das Aus für eine gesetzliche Regelung als Erfolg darzustellen“, kommentiert Lehmann die Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Jung. „Ein Erfolg für den Schutz des Trinkwassers sowie der Umwelt wäre es gewesen, wenn sich die Bundesregierung und die CDU-Landesgruppe aus Baden-Württemberg zumindest einem Moratorium, wie es von der CSU in Bayern oder der CDU in NRW gefordert wurde, angeschlossen hätten!“

Die Uneinigkeit der Regierungsfractionen zum Thema Fracking hat nach Ansicht des grünen Abgeordneten Lehmanns gravierende Auswirkungen auf die zukünftigen Verfahren zur Genehmigung einzelner Fracking-Vorhaben. „Die Haltung der Bundesregierung schwächt die Position aller Landesregierungen und stärkt die rein wirtschaftlichen Interessen der Energieunternehmen, die unkonventionell Erdgas fördern wollen!“ Eine gesetzliche Regelung, welche die ökologischen und sozialen Belange stärkt, wäre daher nach Auffassung Lehmanns dringend erforderlich gewesen. „Es kann keine Rede von einem Erfolg für den Trinkwasserschutz sein!“, kontert Lehmann daher dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jung. „Ernst gemeinter Trinkwasserschutz und eine Stärkung ökologischer und sozialer Aspekte hätte eine starke Haltung der Bundesregierung gegen Fracking-

Vorhaben bedeutet. Offensichtlich ist diese Bundesregierung jedoch zu keiner wesentlichen Einigung mehr in der Lage – das hat das Scheitern einer rechtlichen Regelung für Fracking-Verfahren gezeigt.“

Lehmann hätte sich gewünscht, dass sich die Bundesregierung zu einem Verbot für Fracking in Deutschland ausgesprochen hätte. „Die Uneinigkeit in der Regierung hätte von den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg zumindest dafür genutzt werden können, sich für ein Moratorium – wie von den Landesgruppen der CSU und der CDU aus NRW gefordert – einzusetzen, um möglichen Schaden durch gesetzliche Lücken zu verhindern!“

Die Baden-Württembergische Landesregierung wird im Gegensatz zur Bundesregierung aufgrund der mangelhaften gesetzlichen Lage in Zukunft keine Genehmigungen für Fracking-Anträge erteilen.